

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

80 (24.3.1920) Erstes Blatt

Seitenspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 4,50 M., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 4,20 M. In Südrhein durch unsere Agenturen bezogen 4,20 M. monatlich, am Postschalter abgeholt monatlich 4,40 M., vierteljährlich 13,20 M., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 4,75 M., vierteljährlich 14,25 M. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Die 9. und 10. Ausgabe des Karlsruher Tagblattes werden an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 4,20 M., an der Stelle 3,50 M. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen (Anzeigen) bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203, Verlag Nr. 207, Schriftleitung Nr. 20 u. 948.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Soltau; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Dörmmer und Hermann Weid; für Literatur: Paul Kuschmann. Druck und Verlag: C. F. W. Neumann, Neudammstraße 10 in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Regentstraße 65/66. Teleph.-Amt Hildan 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 80.

Wittwoch, den 24. März 1920

Erstes Blatt.

An unsere Leser!

Es ist ein furchtbarer, verhängnisvoller Kreislauf, in dem unser wirtschaftliches Leben heute hineingezogen ist: der Mangel an beinahe allen Dingen des täglichen Bedarfs treibt alle Preise in geradezu phantastische Höhe; die steigende Preise drücken den Wert des Geldes auf einen Bruchteil seines früheren Wertes herab; der verminderte Geldwert erzwingt unabsehbare Lohnsteigerungen und läßt die Menge des umlaufenden Geldes gewaltig anschwellen; dieser scheinbare „Reichtum“ verführt zur Verschwendung und zu Schieberereien, und durch beides werden dem Markt wichtige Produkte entzogen; diese Verarmung des Marktes bedeutet natürlich Verschärfung des allgemein herrschenden Mangels der Mangel aber — treibt alle Preise in die Höhe. Wie schwer unter diesem, von Tag zu Tag furchtbarer werdenden Druck — neben unserem wirtschaftlichen — auch unser politisches, ja das gesamte geistige und seelische Leben des ganzen Volkes leidet, sieht jeder Tiefersichtende nur zu deutlich. An Vorschlägen und Versuchen, unserer Not abzuhelfen, fehlt es nicht. Da sie aber durchweg zu einseitig oder zu gewaltig sind, haben sie weder, noch versprechen sie dauernden Erfolg, vielmehr treiben sie zum großen Teil nur die Entzündung noch rascher dem überleben Ende entgegen. Was uns allein helfen kann, ist das Erwachen der Vernunft, die Wiederkehr des guten Willens und gegenseitigen Vertrauens. Dahin aber zu führen, ist, wie wir sie erkennen, die Hauptaufgabe der Presse. Sie ist zu widmen mit aller Kraft muß heute mehr als je der Ehre jedes Blattes sein, an dessen Leitung Geist und Charakter zusammenarbeiten. Das Karlsruher Tagblatt hat diese Aufgabe von Anfang an zum Mittelpunkt seiner Arbeit gemacht. Das Karlsruher Tagblatt war von jeher bemüht, geistige Werte in seinen Spalten zu besonderer Geltung zu bringen. Das Karlsruher Tagblatt hat in der „Pyramide“, seiner großen Wochenbeilage, eine vorbildliche, an Objektivität und Reichhaltigkeit von keiner andern erreichte Wochenschrift geschaffen. Das Karlsruher Tagblatt denkt auch in Zukunft dieser, vor allem auf geistige Klärung gerichteten Arbeit treu zu bleiben. Mühselig in seinem Nachrichtenendienst, den es von über 60 Jahren her frei zu halten für eine selbstverständliche Pflicht hält; zuverlässig und orientierend in seinem Wirtschafts- und Handelsblatt durch seine Besonderen (Scholle, Unterhaltungsblatt) vielseitigen Bedürfnissen gerecht werdend, hat es neuerdings seine „Pyramide“ auf den doppelten Umfang gebracht und so eine weitere wesentliche Bereicherung erfahren. Selbstverständlich ist es, daß die ganz gewaltige Steigerung der Papierpreise und Löhne eine Erhöhung des Preispreises bedingt. Vor die Wahl gestellt, diesen Mehraufwand auszugleichen entweder durch Verringerung des Umfangs oder durch Erhöhung des Bezugspreises, hat die Leitung sich zu dem zweiten Mittel entschlossen. Sie baut dabei auf die Einsicht und die Treue der Bezieher, von denen sie glaubt, erwarten zu dürfen, daß sie ein Vertrauensverhältnis, wie es zwischen Zeitung und Leser zu bestehen pflegt, nicht um eines Preises willen künden werden, der heute nicht die Rolle spielt, die früher ein paar Nickel gespielt haben. Mögen die Leser, die sich es in besseren Zeiten gern gefallen ließen, daß ihnen eine reichhaltige Zeitung zu einem geradezu unwahrscheinlich billigen Preis jeden Tag auf den Tisch gelegt wurde, ihr Gerechtigkeitsgefühl dadurch beweisen, daß sie dieser Zeitung auch heute, angesichts der notwendigen Forderung einer erhöhten Gegenleistung, treu bleiben. Verlag des Karlsruher Tagblattes.

Unmögliches.

Von Professor Gerlaud.

Zwei Ereignisse sind in letzter Zeit eingetreten, die unsere ganze Finanzwirtschaft bilanzieren und die ihrerseits wiederum dazu beitragen müssen, das Geld zu vermehren. Das ist auf der einen Seite die ungeheure Erhöhung der Fahrpreise, auf der anderen Seite die angebotene, geradezu unbegreifliche Verteuerung der Post-, Telegraphen- und Telefongebühren. Es ist erkannt, mit welcher Ruhe das Publikum die Erhöhung der Fahrpreise hingenommen hat. Eine Fahrkarte II. Klasse von Jena nach Berlin, die im Frieden 13,90 M. kostete, kostet heute 76,80 M. Es liegt in dem Verhalten des Publikums eine kumpfe Gleichgültigkeit gegen die ganze weitere Entwicklung der Dinge und ich glaube, man sagt nicht zuviel, wenn es eine Stimmung ist von einem, der weiß, daß er dem Abgrund zueilt, der aber keine Maßlichkeiten mehr sieht, das kommende furchtbare Ende der Dinge abzuhalten. Diese Zurückhaltung des Publikums gegenüber den Anordnungen der Regierung scheint mir unrichtig zu sein, denn ich glaube, daß die Maßnahmen, die die Regierung hier trifft, um

die Defizite in den verschiedenen Staats zu decken, nichts helfen können und daß man auf diese Weise nur immer tiefer in das Elend hineinkommt. Das gilt namentlich von der angekündigten Erhöhung der Post- und Telefongebühren, die so alles Maß übersteigen, daß sie meiner Ansicht nach in dieser Form unmöglich

Entspannung.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns abgedruckt: Die politische Lage hat insofern eine Entspannung erfahren, als auch die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie sich der Parole zum Abbruch des Generalstreikes angeschlossen haben. Gleichzeitig allerdings wird von der Fraktion der Unabhängigen der Nationalversammlung eine neue Regierungstruppe herausgeschoren. Sie ist nämlich an die mehrheitssozialistische Fraktion mit dem Antrage herantreten, ein rein sozialdemokratisches Kabinett zu bilden. Diese wollten aber auch weiter die Demokraten und das Zentrum hinzuziehen, worauf die Unabhängigen die Bildung einer reinen Arbeiterregierung, darunter mit demokratischen und Zentrumsarbeitsvertretern forderten. Dieser Antrag wird nun zwar in den Fraktionen erörtert, aber von der jetzigen Regierung wie von der Mehrheitssozialdemokratie ist sofort ernsthaft darauf hingewiesen worden, daß das Ausland, vor allem England und Amerika, einer solchen einseitigen Regierung die größten Schwierigkeiten entgegenzusetzen würden. Am übrigen sieht man dem unabhängigen Antrag die agitatorische Absicht sofort an, wenn man bedenkt, daß die Mehrheitsparteien übereinstimmend die Neuwahlen zur Nationalversammlung auf Ende Mai, spätestens Anfang Juni, ansetzen wollen, und daß außerdem die dringend notwendige wirtschaftliche Liquidierung der großen Märzkrise durch ein rein sozialistisches Arbeiterministerium wohl unmöglich gemacht werden würde. Man könnte sich doch nicht darüber noch sind die Schwierigkeiten ungeheuer, der größte Teil des Ruhrgebietes befindet sich noch in mehr oder minder offenem Bürgerkrieg und daselbst gilt für Teile Sachsens, besonders für Halle.

Die Minister Giesbers und Braun sind zu Verhandlungen mit der Arbeiterschaft nach dem Westen gereist und man hofft, daß der offizielle Anschluß der Unabhängigen an den Beschluß gegen die Fortsetzung des Streikes es ermöglichen wird, die Ruhe wieder herzustellen, ohne daß die Regierung von ihren äußersten militärischen Maßnahmen Gebrauch machen muß.

In Berlin ist außerdem in den letzten 24 Stunden kein wesentlicher Zwischenfall zu verzeichnen gewesen, doch halten die Truppen noch die innere Stadt besetzt und haben besonders im Norden starke Sicherungsstellungen inne. Leider ist auch für heute die Aufnahme des Straßenbahnbetriebes nicht zu erwarten, einmal wegen der neuen Lohnforderungen der Angehörigen, dann aber auch aus technischen Schwierigkeiten heraus. Diese letzteren erschweren auch in vielen anderen Großbetrieben die glatte Wiederaufnahme der Arbeit, was besonders für Elektrizitäts- und Gaswerke gilt. Berlin leidet auch heute noch sehr unter dem Lichtmangel, aber die Bevölkerung atmet bei dem jetzt eingetretenen milden Frühlingserwachen trotz aller noch forstehenden Beschränkungen auf. Die Berliner Zeitungen haben auch gestern nicht erscheinen können. Am Mittwoch soll das nun endlich geschehen. Dieser Tag wird auch die erste öffentliche Aussprache in der Nationalversammlung bringen und die Ankündigung der strafrechtlichen Verfolgung der Hauptpersonen und wesentlichen Helfershelfer an dem verbrecherischen Tun der Rechtsradikalen.

Abbruch des Streiks in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 23. März. (Wolff.) Nachdem bereits heute früh die Gewerkschaften und der rechte Flügel der Unabhängigen um Crispian und Dr. Stiffring den Abbruch des Streikes empfohlen haben, hat nun die Gesamtkonferenz die Wiederaufnahme der Arbeit für morgen proklamiert.

Berlin, 23. März. (Eig. Drahtbericht. Wolff.) Die „Sach“ und Untergrundbahn hat in der achten Abendrunde den Verkehr wieder aufgenommen.

Die Reichsregierung zu den Vorgängen in Westfalen.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 23. März. Reichskanzler Bauer richtete an den Vorsitzenden des Aktionsausschusses in Gagen i. W. folgendes Telegramm: Die Reichsregierung nimmt mit Dank davon Kenntnis, daß die drei sozialdemokratischen Parteien alle Kräfte zur Niederschlagung der Reaktion einsetzen werden. Dieses Ziel ist in Berlin durch den Zusammenbruch der „Kappregierung“ erreicht worden. General Walter gehört jedoch nicht zu den reaktionären Offizieren, sondern hat sich nachweislich in lokalster Weise hinter die Regierung gestellt. Die Entfernungen wirklich reaktionärer Offiziere wird

durchgehen können. Wenn bei Anschlüssen bis zu 20.000 eine Telefongebühr von 720 M. jährlich verlangt wird, wenn außerdem die Gelegenheit benutzt wird, um im Wege einer Zwangsanleihe — denn um etwas anderes handelt es sich nicht — Beträge von je 1000 M. von den einzelnen Telefoninhabern zu erheben, so

erfolgen. Die Truppenbewegungen werden eingestell. Voraussetzung ist, daß die Ablehnung der Kärediktatur nicht nur beschränkt, sondern in die Tat umzusetzen ist, daß insbesondere die verfassungsmäßigen Organe und Behörden wieder in ihr Recht eingesetzt werden, daß die Arbeiter die Waffen niederlegen und zur Arbeit zurückkehren. Die sofortige Durchführung dieser Maßnahmen ist unerlässlich, andernfalls ist die Regierung außerstande, Nahrungsmittel von der Grenze oder Holland zu erhalten, auch das Einrücken der Entente zu verhindern. Am Dienstag werden zwei Minister des Reiches und Preußens im dortigen Revier den Standpunkt der Regierung darlegen.

Zentralauskunft des revolutionären Proletariats.

(Eigener Drahtbericht.) Dortmund, 23. März. (Wolff.) Wie aus einer Kundgebung des Vorstands des Volksauschusses hervorgeht, hat sich im Industriegebiet ein politischer Zentralauskunft des revolutionären Proletariats gebildet. Dieser Zentralauskunft sei im Wesentlichen der Zweck und Zweck über die Kohlen- und Eisenindustrie. Zur Bildung der Ernährungsfrage werde vorzuschlagen, für jede Tonne Kohle, die geliefert werde, eine bestimmte Menge Lebensmittel zu fordern.

Wiederaufnahme der Arbeit in Düsseldorf.

(Eigener Drahtbericht.) Düsseldorf, 23. März. (Wolff.) Die Arbeit ist in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Das Verbrechen.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 23. März. (Amlich.) Die beim Reichsgericht stehende Untersuchung wegen des hochverräterischen Unternehmens nimmt ihren Fortgang. Reichsgerichtsrat Döhlhäger ist zum Untersuchungsrichter des Reichsgerichts ernannt worden. Unter den Personen, auf die die Voruntersuchung zugleich angedeutet worden ist, befindet sich der frühere Unterstaatssekretär v. Falkenhäuser und Geh. Regierungsrat Döbe. Die Beschuldigung des Vermögens der Beschuldigten ist im Gange.

Berlin, 23. März. (Eigener Drahtbericht. Wolff.) Die sofort in Bezug auf die Mordtäter des Hochverrates aufgenommenen Ermittlungen haben ergeben, daß die Täter aneinander unmittelfach nach dem Beschluß des Unternehmens flüchtig geworden sind. Hoffentlich und Stiefbrüder sind gegen folgende Personen erlassen: Generalleutnant Schmitt, Major Rahl, Oberst a. D. Bauer, Artz und Volkswirt Dr. Schiele, Kaufmann und den früheren Rechtsanwalt Bredered.

Stabschef.

(Eigener Drahtbericht.) Breslau, 23. März. (Wolff.) Der Erste Staatsanwalt erließ einen Stabschef gegen den Mitterauisbefehl v. Kessel, Oberlande. Kreis Tribunal, wegen Hochverrats, v. Kessel war während der letzten Revolution am Oberpräsidenten von Schlesien ernannt worden.

General v. Lütjohaus und Admiral v. Trotha verhaftet.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 23. März. Der „Vorwärts“ meldet, daß General v. Lütjohaus und Admiral v. Trotha verhaftet sind. Gegen General Ludendorff ist ein Haftbefehl erlassen.

Frankreich und Bestrafung der Kappleute.

(Eigener Drahtbericht.) Paris, 23. März. (Wolff.) Auguste Couvain meint im „Journal des Debats“, man müsse die deutsche Regierung benachrichtigen, daß wenn die Urheber des Staatsstreikes nicht bestraft blieben, man versucht wäre, daraus auf die Mitschuld der Regierungspersonals zu schließen. Man müsse dann Vorichtsmaßregeln treffen. Aus der Energie, mit der die Strafverfolgung durchgeführt würde, und aus den ausgesprochenen Verurteilungen werde man erkennen, ob das offizielle Deutschland entschlossen sei, die Militäristen und Junker matt zu setzen und seine Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen.

Die Hauptfrage!

(Eigener Drahtbericht.) Amsterdam, 23. März. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, erklärte Lord George im Unterhaus auf eine Anfrage, die Alliierten seien verpflichtet, darauf zu sehen, daß ohne Rücksicht darauf, welche Regierung in Deutschland gebildet wird, der Friedensvertrag von diesem Lande erfüllt wird.

wird zunächst die erste Folge die sein, daß das mittlere Publikum, das heute noch Telephon besitzt, seine Anschlüsse aufgeben muß, weil es sich nicht einfach nicht mehr leisten kann. Dem Plus der Einnahmen wird hier ein sehr starkes Minus gegenüberstehen und ich glaube, die Post verreckt sich doch augenblicklich etwas in dem, was sie dem Publikum zumuten darf. Und dies gilt umso mehr, als ja die ungeheure Steuerlast, die auf den Einzelnen entfallen wird, sich erst im Laufe dieses Jahres entküllen und zweifellos die Lebensführung weite Kreise entscheidend beeinflussen wird. Abgesehen aber hiervon kann weder die Tarifserhöhung der Eisenbahn, noch die Tarifserhöhung der Post eine wirkliche Minderung in der Finanzlage für den Staat herbeiführen. Denn es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß Handel und Industrie auch diese vermehrten Lasten, die ja für die Großbetriebe ganz ungeheuerliche Dimensionen annehmen werden, einfach auf das laufende Publikum abwälzen werden. Wir werden also einer abermaligen, nicht unbeträchtlichen Preissteigerung entgegensehen und diese Preissteigerung wird, begreiflich genug, zu neuen Forderungen nach erhöhten Löhnen und Gehältern führen. In dem Augenblick aber, wo die Löhne, wo die Gehälter wieder gesteigert werden, steht der Staat vor abermaligen erneuten Ausgaben, die die erzielten Mehreinnahmen wohl mehr als ausreichen werden müssen. Es kommt dazu, was man ja nicht übersehen sollte, daß bei so starken Abwälzungen sehr oft die aufgeschlagene Summe höher ist als die zu erzielende Summe, so daß die Preissteigerung heute gegenüber der Inflationssteigerung progressiven Charakter besitzt. Würde man nun aber im weiteren Verlauf der Entwidlung die Löhne und die Gehälter der Arbeiter und Beamten wiederum steigern, so würde der Staat sich vor neue Defizite gestellt sehen. Es würde zu einer abermaligen Steigerung der Tarife kommen müssen und die Schraube ohne Ende wäre da. Und hier muß nun wirklich einmal entscheidend eingegriffen werden. Es geht nicht an, daß mit einer einfachen Finausgabe von Papiergeld die wichtigsten Wirtschaftsfaktoren gelöst werden. Der österreichische Professor Glaser sagte einmal, daß es Mittel gäbe, die so forciert sein, daß jeder, der sie gebraucht, ihrem korruptiven Einfluß anheimfalle. Zu diesen korruptiven Mitteln gehört die Notenpresse und unser Finanzelend kann nicht gebessert werden, wenn nicht endlich der immer weitergehenden Ausgabe von Papiergeld vorgebeugt wird, wenn nicht endlich Mittel gefunden werden, die auf eine Verparnung, auf eine Verringerung der Geldausgaben hinauszielen und wenn nicht fortwährend eine Politik getrieben wird, die nur dazu führen muß, die Ausgaben und damit den Geldumlauf ins Ungemeine zu steigern. Es zeigt sich eben jetzt, wie verhängnisvoll die ungeheuren Lohnbewegungen in den ersten Tagen der Revolution gewesen sind, denn es kann nicht geleugnet werden, daß auf ihnen zum großen Teil jene sprunghaften und exorbitanten Preissteigerungen beruhen, an denen wir heute krankt. Es ist doch nicht uninteressant einmal darauf hinzuweisen, daß man im Jahr 1807 nicht etwa die Gehälter der Beamten um erhöhte, sondern rigoros auf die Hälfte herabgesetzt hat. Wenn das heute auch nicht möglich sein kann (denn die Verhältnisse liegen infolge der Warenknappheit anders als im Jahre 1807), so müssen doch endlich Mittel und Wege gefunden werden, zu einer Verminderung des Geldumlaufes zu kommen und es kann nicht die Politik der Regierung selbst sein, die notwendigen Dinge immer fort in der rückwärtschreitenden Form zu verteuern, so daß es schließlich dem Publikum unmöglich gemacht wird, sich der Verlehrsmitel überhaupt noch zu bedienen. Das hierdurch auch noch andere, höchst unerfreuliche wirtschaftliche Folgen eintreten, die auch wiederum nur zu Forderungen nach Entschädigungen, Erhöhung der Löhne usw. führen müssen, liegt auf der Hand, denn daß bei den jetzigen Verlehrspreisen die inländische Fremdenindustrie Deutschlands vernichtend getroffen wird, bedarf keines Beweises. Geholfen kann nur werden, wenn wir zu einem Abbau der Preise für die Lebensnotwendigkeiten und damit dann zu einem Abbau der Löhne und Gehälter kommen.

Jede Finanzpolitik muß daher vermieden werden, die zu dem entgegengesetzten Resultat führt. Daß dies die Politik der ewigen Tarifsteigerungen tut, ist im Vorstehenden ausgeführt. Ihr gegenüber scheint mir trotz gegenüberstehender Bedenken das kleinere Übel zu sein, in den großen Betrieben während der Krisenjahre mit Unterbilanzen zu arbeiten — um sie kommt man ja auch sonst in Erwartung besserer Zeiten nicht herum, wie die abermaligen Kreditforderungen des Reiches zur Verabfolgung der Lebensmittelpreise beweisen. Vor allem aber muß es die Aufgabe der Finanzverwaltung sein, jetzt endlich einmal das große Sparprogramm aufzuführen, ohne das wir unter seinen Umständen weiter fortkommen können, denn es kommt nicht darauf an, daß wir dem Staat fortwährend neue Einnahmequellen eröffnen. Entscheidend für die Sanierung der Finanzen ist, daß die Ausgaben vermindert werden.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 12 Seiten mit Pyramide.

Die Vorgänge im Reich.

Die Lage in Berlin. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 23. März. (Wolff.) Berlin ist auch in der vergangenen Nacht und am heutigen Vormittag vollständig ruhig geblieben. Der Kuckuckerverkehr ist heute bei dem schönen Wetter sehr lebhaft. Bilde Führer für den Personenverkehr sind wieder zahlreich aufgetaucht. Die S-Bahn hat bereits gestern begonnen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen. Als ein unabhängiger Führer ihnen mitteilte, daß die Vollversammlung der „revolutionären Betriebsräte“ die Barock zum Weiterstreifen ausgeben habe, änderten die S-Bahnler ihren Beschluß. Die Straßenbahnen befinden sich ebenfalls weiter im Ausstand. Ueber die Bezahlung der Löhne an den Streikenden ist eine Einigung erzielt worden, doch verlangen die Angestellten die Rückzahlung arbeitsloser Beamten. Auch sonst ruht die Arbeit noch vielfach im Transportgewerbe und in den Druckereien. Die Zeitungen erscheinen immer noch nicht. Die Drucker haben neuerdings ihre Lohnforderungen mit politischen Wünschen vermischt. Große Schwierigkeiten haben sich eingestellt, seitdem ein Kaminredamant nach dem andern wegen Strommangel zu arbeiten aufhört. Das Groß-Berliner Reitunionswesen hat in den letzten acht Tagen 325 Personen, die bei den Unruhen verletzt worden oder zu Schaden gekommen sind, seine erste Hilfe geleistet. Auf den verschiedenen Stationen sind insgesamt 18 Tote einaeifert worden.

Berlin, 23. März. (Via Drahtbericht, Wolff.) In dem benachbarten Ausflugsort Friedrichshagen hatten sich Sozialisten versammelt, die nach einem Kampf mit Reichswehrtruppen am Samstagabend aus Friedrichshagen hinausgeworfen wurden. Bei diesem Kampfe wurden von den Aufständischen 10 Mann getötet, das Militär hatte 6 Tote und eine Anzahl von Verletzten. In Gerswalde hatten sich die Sozialisten versammelt und die Post, die Eisenbahnstation und andere öffentliche Gebäude mit Beschlag belegt. Sie verhinderten auch den Ruverkehr zwischen Berlin-Stettin. Heute mittags ist es zu einer Einigung gekommen, und die Aufständischen wollen von morgen ab den Bahnverkehr wieder unbehindert aufnehmen lassen.

Die Kämpfe in und um Essen. (Eigener Drahtbericht.)

Essen, 23. März. (Wolff.) Der von anderer Seite verbreitete Bericht über die Kämpfe in Essen entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Kämpfe haben sich nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen folgendermaßen abgepielt: Am Montag und Dienstag der vorigen Woche bestanden radikale Elemente die Aufständischen durch die Ausrufung der „Regierung Rapp“ in die Waffen getrieben worden war, und veranstalteten mehrere Straßenemonstrationen. So sammelte sich vor dem Rathaus eine größere Menge an, die in das Rathaus einbringen versuchte, um die Steuerrollen herauszuholen. Der ganze Platz war schwarz von Menschen. Als die Menge das Rathaus stürzte, machten die „Grünen“ nach mehrmaliger vergeblicher Aufforderung, den Platz zu räumen, von der Schußwaffe Gebrauch. Hierbei gab es die ersten Toten. Am Dienstag gingen die Kämpfe weiter. Am Mittwoch waren durch die Sicherheitsstruppen Ruhe und Ordnung ziemlich wieder hergestellt und die radikalen Elemente in Essen niedergeworfen.

Anschließend hatten aber im übrigen Ruhrgebiet ebenfalls starke Kämpfe stattgefunden und die Sozialisten hatten teilweise dort, wo zu wenig oder fast gar keine Reichswehr war, die Herrschaft über sich gerufen. Sie suchten nun ihre Macht auszuweiten und ihr erstes Ziel war Essen. Dorthin erasch sich ein starker Strom von Kommunisten, besonders von Gelbbräunen aus. Die Essener Sicherheitspolizei trat diesem zuerst in Stoppenberg entgegen. Es entwickelten sich schwere Kämpfe. Die Sozialisten waren etwa 2000 bis 3000 Mann stark. In der Nacht zum Freitag rüdten aus Gelsenkirchen und Bochum weitere Scharen aus ausgerüsteter Sozialisten heran. Am Anern Essens entspannen sich ebenfalls weitere neue Kämpfe. Die Regierungstruppen wurden von allen Seiten eingeschlossen. Der überaus großen Lebensmacht weichen, so daß die Sicherheitspolizei ins Innere der Stadt zurück. Der Kampf um den Schloß- und Viehhof sowie um den Wasserurm am Auslande nach Steele war besonders heftig. Am Freitag vormittag wurden vom Oberbürgermeister und Polizeipräsidenten Verhandlungen mit den Sozialisten eingeleitet. Gegen 12 Uhr mittags stellten die Sozialisten der Führung der Sicherheitspolizei das Ultimatum, wenn in einer halben Stunde die Sicherheitspolizei sich nicht ergeben werde, so werde das Rathaus mit Artillerie beschossen. Sofort wurde an alle Abteilungen der Polizei durchgegeben: „Verhandlungen im Gange. Neuliches Schießen hört auf. Gefangene sind auf zu behandeln.“ Gleich darauf erging der weitere Befehl an die Verbände: „Waffenstillstand. Die Gewehre räumen mit allen Waffen und in allen Ehren aus Essen ab.“ Das war von den Führern der Sozialisten angenommen worden. Als nun die Verbände sich an diesen Befehl hielten, wurden sie beim Abrücken aus den von ihnen besetzten Gebäuden teilweise in den engen Straßen plötzlich umstellt, durch Feuer aus den Häusern zum Wasserurm getrieben und sodann von der wütenden Menge mit Kolbenhieben als Gefangene ins Gefängnis getrieben oder wie am Wasserurm, an der Hauptpost und am Rathaus ohne Erbarmen niedergeworfen und erschlagen. Nur einige, die zufällig in Ruil waren, konnten dem Schicksal ihrer Kameraden entkommen.

Im Bezirk der Reichswehrbrigade 11.

Kassel, 23. März. (Wolff.) Ueber die Lage im Bezirk der Reichswehrbrigade 11 wird folgender Bericht verbreitet: In Kassel herrscht Ruhe. Die Aufstellung von Freiwilligenverbänden hat mit Erfolg begonnen. Eisenach: Reichswehrtruppen unter General Rumshelk rüdten gestern in der Nähe der Stadt vor. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, in unrechtmäßigen Besitz befindliche Waffen abzugeben und verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen. Die Truppen rüdten gestern mittags 12 Uhr in die Stadt ein, ohne Widerstand zu finden. Gotha: Dördrup und Suhl befinden sich noch in den Händen der Aufständischen. Erfurt und Langensalza: Lage unverändert. Die Bahn- und Telegraphenlinien von Langensalza nach Gotha und Mühlhausen sind unterbrochen. In Sommerda haben die Aufständischen die Einwohnerwehr entwaffnet und ein gleiches Ersuchen an die Einwohnerwehr in Weiskene gestellt. Die Lage ist gespannt. Nordhausen: Es herrschen noch ungeklärte Zustände. Ueber die Beendigung des Generalstreiks sind Verhandlungen im Gange. In

Sondershausen und Coburg hat sich die Lage verschärft. Die Forderung zur Entlassung und Entwaffnung der Freiwilligen wurde von den militärischen Befehlshabern abgelehnt. Radikal gestimmte Elemente haben sich bewaffnet.

Meiningen, 23. März. (Via Drahtbericht, Wolff.) Die Reichswehr ist abgezogen. Ein Aktionsausschuß hat die völlige Gewalt übernommen und verschiedene Kollisionsausstände im Norden Meiningens abgeleitet. Koburg ist aus militärischen Gründen mit Reichswehrtruppen besetzt worden.

Die Vorgänge in Baden.

Die badische Regierung gegen die Mannheimer „revolutionären Betriebsräte“.

Von unserem Mannheimer Mitarbeiter wird uns gemeldet:

Die Bewegung in Mannheim zur Schaffung revolutionärer Betriebsräte hat bisher nicht weiter um sich gegriffen. Das Ministerium des Innern hat gestern einen Aufruf an die Arbeiter und Angestellten von Mannheim gerichtet, in dem es heißt:

„Der reaktionäre Anschlag gegen die deutsche Republik am 18. März hat eine Niederlage der Mannheimer Arbeiter zu Sandstungen verleiht, die große Arbeitslosigkeit und Not im Gefolge haben müssen. „Revolutionäre Betriebsräte“ stießen sich als Herren einiger Betriebe auf. Die übertragene Mehrheit der Mannheimer Arbeiterschaft hat sich von diesen planlosen Streikbewegungen ferngehalten und erwartet von der Regierung, daß sie Ordnung schaffe und den ungeführten Betrieb in den Fabriken garantiere. Wer sich durch Anschließung an den unelastischen Annehmlichkeiten revolutionärer Betriebsräte beteiligt, sich also strafwürdige Vergehungen an sich selbst tut, wird dafür zur Verantwortung gezogen. Die übrige Arbeiterschaft aber wird aufgefordert, bei der Schaffung von Ordnung mitzuwirken und nicht beizutreten zu sein, wenn bei weiterer Störung der Betriebsfähigkeit und der beherrschenden Fortdauer des Widerstands politische Mittel zur Anwendung kommen. Die badische Regierung weiß auch, daß ganz große und ihrer Art noch sozialistischer Vertriebe Eigentum der Allgemeinheit werden müssen. Sache der Deutschen Nationalversammlung aber ist es, hierfür die gesetzliche Basis zu schaffen. Die Anbetriebsnahme von Privatbetrieben, wie sie in Mannheim anstrebt werden soll, und vor allen Dingen die ungesetzliche und unwürdige Art des Vorgehens muß auf gesetzlichem Zusammenbruch und damit auf Proflosmachung von Tausenden von Arbeitern führen. Der auch auf der Seite Mannheim als Industrie- und Handelszentrale Süddeutschlands wird auf die Bedrohliche stößt. Arbeiter! Anschließt! Gilt Ordnung schaffen! Unterstützt die beschriebenen Aktionen!“

Zu den Vorgängen in Freiburg

wird weiter gemeldet:

Der Freiburger Sozialdemokratische Verein freies sich in einer Versammlung mit den Innern und Anschließungen und nahm dazu eine Entschlüsse an, in der beaurteilt wird, daß der Minister des Innern Remmel im Landtag eine Schilderung der Vorkänge abgeben hat, die nicht richtig ist.

Es sei unrichtig, das beflaggenerte Mutvergehen in Freiburg den Kommunisten und den ihnen nachstehenden Kreisen zur Last zu legen. Von dem Minister wird erwartet, daß er den unbeanstandeten Vorkauf zurücknimmt und die Urheber des falschen Berichtes zur Rechenschaft zieht.

Die einseitige Unterdrückung über die Vorkänge haben ergeben, daß Polizeiamtsschreiber Köhrhirsch nicht allein durch die Sanitärminister, sondern auch durch einen aus unmittelbarer Nähe von hinten abgeordneten Schuß getötet worden ist. Die Täter sind noch nicht ermittelt. Die Staatsanwaltschaft hat eine Vernehmung von mehreren tausend Mann für ihre Ereignisse angekündigt.

Am Samstag nachmittag wurde unter zahlreicher Beteiligung der Einwohner durch Polizeiamtsschreiber August Köhrhirsch auf dem Freiburger Ehrenfriedhof zur letzten Ruhe beisetzt. Als Vertreter der Regierung wohnten Staatspräsident Geiß, Finanzminister Dr. Bitt und der Kommandant der badischen Reichswehr, General Danas, der Feier bei. Die Stadtvormannung, die einen Kranz am Grabe niederlegen ließ, war durch Oberbürgermeister Dr. Thoma, Bürgermeister Nibel und die Stadträte Gana und Koll vertreten. Die Beerdigung war von der Stadt als Ehrenfriedhof übernommen worden. Unter der Fülle der Blumenbänder sah man auch einen prachtvollen Vorbeizug des Ministers des Innern.

Die deutsche Republik.

Die Beamtenbeförderungsreform vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat hat in seiner Sitzung vom Montag die Vorlage zur Beamtenbeförderungsreform angenommen.

Main-Donau-Kanal. (Eigener Drahtbericht.)

s. Nürnberg, 23. März. Der Bayerische Kanalverein hat an der Denkschrift des Main-Donau-Kanal-Projekts wegen des Planes der Main-Donau-Linie, mit der auch das Projekt einer Redar-Donau-Verbindung zur Sprache kam, Stellung genommen. Als Beauftragter für die Kanalisation ist das 12 000 Tonnenschiff vorgeschlagen. Als technisch wirtschaftlich und finanziell beste Linie ist jene über Bernfeld-Nürnberg festgelegt. Hierbei wird die zweite Mainstrecke durch einen Kanal abgeschlossen. Die Stadt Würzburg wird durch diese Kanalisation ganz an den Kanal angeschlossen. Diese neue Linie begünstigt in keiner Weise nennenswerten technischen Schwierigkeiten. Eine abschließende Wasserführung wird erst durch die Ausleitung von Ledawasser durch besondere Rubriker. Es ist nachzuweisen, daß die Kosten des Kanalbaues durch die Gebühren und durch die Verteilung der durch den Kanal erzeugten elektrischen Kraft vollständig vergütet und aufreht werden können. Zur Kapitalisierung des verkehrswirtschaftlich wichtigen und notwendigen Kanals werden 1040 Millionen Mk. notwendig sein.

Nach den Darlegungen des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. v. Schönböck sind die technischen Schwierigkeiten der Wasserführung durch den Kanal nicht unüberwindlich. Die Durchführung der projektierten Linie ist schiffahrtstechnisch ungemein günstiger und wirtschaftlich vorteilhafter. Gegen die in Aussicht stehende Kanalisation sind die in Aussicht stehende Mannheim und Wödingen erklärte sich der Redner nicht verlanat aber, mit dieser Kanalisation die Verbindung mit Nürnberg zu verweigern.

Die Hauptversammlung des Vereins befahl, den Vertretern des Reichswesens, die am Ende waren, die Forderung der Veränderung des alten Projektes vorzutragen und im Besonderen die Kapitalisation des Main-Redar-Projektes durch eine besondere unparteiische Kommission zu fordern.

Badischer Landtag.

Die neue Gemeindeordnung. — Die Aenderung des Landwirtschaftskammergesetzes.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Der Ausschuß des Badischen Landtags für Rechtspflege und Verwaltung hielt am Dienstag vormittag eine Sitzung ab.

Bei der Fortsetzung der Beratung über die Aenderung der Gemeindeordnung wurde der Entwurf einer neuen Gemeindeordnung in soeben dem Landtag zugegangen, der dem Ausschuß des Badischen Landtags für Rechtspflege und Verwaltung vorgelegt ist. Der Ausschuß beschloß, die Verdrückung über den Entwurf mit Rücksicht auf dessen Umfang auf drei Abgeordnete zu verteilen. Zu Verdrückungen wurden die Abgeordneten Ged (Soz.), Dr. Voser (Dem.) und Straub (Str.) bestimmt.

Bei der Fortsetzung der Beratung über die Aenderung des Landwirtschaftskammergesetzes wurde am Montag ein Antrag des Zentrums mit 10 Stimmen und sozialdemokratischen gegen 4 Stimmen beschlossen, daß die Landwirtschaftskammer, wenn sie auf Gebieten, für die der Staat die Fürsorge selbst ausübt, Verordnungen zur Förderung der Landwirtschaft, sei es unterirdischen, sei es selbst einrichten und betreiben will, hierzu nicht nur, wie bisher, der Zustimmung des Ministeriums des Innern, sondern auch der Genehmigung des Landtags bedürftig ist.

Eine ausgedehnte Erklärung knüpfte sich an einen demokratischen Antrag, der verlangt, daß, wie dies bereits das württembergische Landwirtschaftskammergesetz bestimmt, vor gesetzlicher oder behördlicher Regelung von wichtigeren, die Interessen der Landwirtschaft unmittelbar betreffenden Fragen die Kammer mit ihrer gutachtlichen Meinung zu hören ist. Bisheriger Rechtszustand ist, daß sie — soweit tunlich — gehört werden soll. Der demokratische Antrag wurde schließlich mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt; auf Antrag eines Zentrumsabgeordneten wurde dann folgende Fassung beschlossen: „Vor der gesetzlichen Regelung der Interessen der Landwirtschaft unmittelbar betreffenden Angelegenheiten muß, und vor der behördlichen Regelung ihre Interessen betreffender wichtiger Angelegenheiten soll die Landwirtschaftskammer, soweit tunlich, mit ihrer gutachtlichen Meinung gehört werden.“

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer besteht nach dem neuen Entwurf aus mindestens sieben (bisher fünf) Mitgliedern und ebensoviele Stellvertretern. Es wurde einstimmig beschlossen, daß sich unter den Vorstandsmitgliedern und ihren Stellvertretern je ein Vertreter des nichtsozialistischen Landbesitzes und je zwei Vertreter der Arbeitnehmer befinden müssen.

Am Mittwoch vormittag geht die Beratung weiter.

Badische Politik.

Zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot.

Nach einer Verordnung des Staatsministeriums ist zum Vollzug der Reichsverordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot das badische Arbeitsministerium als Landeszentralbehörde bestimmt; ferner sind die Landeskommissionen mit den Befugnissen der Reichswohnungsministerien betraut worden. Der Reichswohnungsminister ist nach der Reichsverordnung beauftragt, geeignete Grundstücke gegen angemessene Entschädigung an enteignen, falls für Klein- und Mietwohnungen, Bau- und Gartenland in passender Lage zu angemessenen Preisen nicht zur Verfügung steht. Vor der Enteignung ist der von ihr Betroffenen und der Gemeinde oder dem Gemeindeverband Gelegenheit zur Außerung zu geben. Die Enteignung erfolgt ohne besonderes Verfahren durch formlosen Beschluß an den Eigentümer. In dem Beschluß ist anzugeben, zu welchen Gunsten die Enteignung stattfindet und welche Entschädigung gezahlt werden wird. Die Enteignung wird mit der Aufstellung des Enteignungsbeschlusses an den Eigentümer wirksam. Gegen die Festlegung der Entschädigung kann jeder Beteiligte innerhalb 14 Tagen nach Aufstellung der Entschädigung einer von der Landeszentralbehörde zu bestimmenden Berufungskommission anrufen, die endgültig entscheidet; im übrigen ist der Beschluß des Berufungskommissionars unanfechtbar. Nach weiterer Bestimmung des Staatsministeriums sind für Baden die Landesämter als Berufungskommissionen bestellt worden. Auf das Verfahren vor dem Landesamt finden die Vorschriften der Zivilprozessordnung sinngemäße Anwendung.

Die Weinheimer Bürgermeisterei.

Unser Weinheimer Mitarbeiter berichtet uns: Gemeindeführer Georg Stöck als Stellvertreter. Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, war, wie gemeldet, von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Bürgerausschusses unter Wahlenthaltung der Bürgerämter als Nachfolger von Dr. Weistien am Bürgermeister von Weinheim gewählt worden, und zwar mit nur einer Stimme Mehrheit. Herr Stöck nahm darauf die Verhandlungen mit der demokratischen Fraktion auf, um sich deren Unterstützung zu sichern und um die Anstellungsbedingungen zu regeln. Die Demokraten machten ihre Mitarbeit davon abhängig, daß ihnen oder wenigstens einem Nichtsozialdemokraten die Stelle des Bürgermeisters-Stellvertreters, die zuerst der sozialdemokratische Gemeinderat Richter bekleidet, spätestens bis zum 1. Oktober 1920 ausfallen werde. Diese Ansicht vertrat auch Herr Stöck, der darauf die Wahl annahm. Im Gemeinderat fand aber dieses Kompromiß nicht die einhellige Zustimmung der Sozialdemokraten, was Herrn Stöck veranlaßte, von dem Bürgermeisterposten zurückzutreten. Er leitete auf das Amt Verzicht, weil die Bedingungen, unter denen er die Wahl angenommen hatte, durch die Haltung des Gemeinderats hinsichtlich der Regelung seiner Anstellungsbedingungen nicht erfüllt waren. Infolge dessen wird der Weinheimer Bürgermeisterposten demnächst neu ausgeschrieben werden.

Auswärtige Staaten.

Churchill über den Ernst der militärischen Lage. (Eigener Drahtbericht.)

London, 23. März. Zu der Frage der Landesverteidigung erklärte Churchill im Unterhaus: Um eine enge Verbindung von Arme und Marine herzustellen, braucht England ein Offizierskorps, das imstande sei, den Krieg in seiner Gesamtheit, nicht nur vom militärischen oder marinetchnischen Standpunkt aus zu beurteilen. Er sei entschlossen, eine militärische Generalstabsabteilung zu bilden, die militärische Lage sei zurzeit ernst. Er erinnere an Leuchten und Valäntina an die Befehle Schriens durch die Franzosen und den darauf folgenden Kampf mit den Arabern. Diese Befehle nötige die Franzosen auch zu Vorsichtsmaßnahmen. Ferner erinnere Churchill an Konstantinopel, an Mesopotamien und an die Lage in den an das ehemalige Osmanische Reich grenzenden Ländern. Diese Lage nötige die Engländer, in diesen Gebieten starke Truppenkräfte zu halten. England könne nicht fortsetzen Mesopotamien besetzt halten und dafür

15 bis 20 Millionen Pfund Sterling ausgeben. Die britische Politik habe in anderen Teilen der Welt so große Erfolge errungen und dürfe nicht in Mesopotamien falsche Wege einschlagen. Am Sudan habe Großbritannien 2 B. nur ein Bataillon weiße Truppen und unter seinen Soldaten in Westafrika befände sich nicht ein einziger Deutscher, was England nicht behindert habe, sich nach und nach das ganze Land zu unterwerfen und so eine erfolgreiche Kontrolle über arabe Länderkreise in diesen Gebieten auszuüben.

Lloyd George über die Ententepolitik gegenüber der Türkei. (Eigener Drahtbericht.)

Garnarvon, 23. März. (Frankfurt.) Bei dem Empfang der Abgeordneten des indischen Kalitäts, die unter Führung von Mohamed Ali stehen, gab Lloyd George eine Erklärung über die Politik der Entente gegenüber der Türkei ab, in der er u. a. sagte: Wir sind in diesem Krieg nicht als Kreuzfahrer gegen den Islam gezogen. Ich verheißt es nicht, wenn Mohamed Ali verlanat, wir sollten die Türken jähren. Oesterreich ist Gerechtigkeit zuteil geworden. Deutschland ist Gerechtigkeit zuteil geworden. Warum soll die Türkei frei ausgeben? Warum hat sie versucht, uns im Kampf um Leben und Tod, in dem für die Freiheit der Welt geführten Kampf, hinterläßt zu erdulden? Ich möchte, daß die indischen Mohammedaner sich klar machen, daß wir die Türkei nicht mit Streifen behandeln wollen, weil sie mohamedanisch ist. Wir wenden leblich auf die Türkei denselben Grundsatz an wie auf das ganze christliche Gemeinwesen Oesterreichs. Den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts. Die Araber haben die Unabhängigkeit erlangt. Italien am Ägypten Arabien ausgerufen und die Befreiung von der türkischen Herrschaft verlanat. Es ist vorzuziehen worden, die Araber unter der Herrschaft der Türkei zu lassen, nur weil sie mohamedanisch sind. Wir haben Arabien auf seinen Wunsch die Freiheit gegeben. Sollen wir den Arabern etwas aufzupinnen, was wir nicht einmal im Traum einem christlichen Gemeinwesen zumuten würden?

Der holländisch-belgische Vertrag.

Brüssel, 23. März. Der Ministerrat hat gegen die am 1. März zwischen den Niederlanden und Belgien geschlossenen holländisch-belgischen Vertrag genehmigt.

Eisenbahnerstreik in Spanien.

(Eigener Drahtbericht.) Madrid, 23. März. (Wolff.) Der Eisenbahnerstreik sollte heute seinen Anfang nehmen. Die Eisenbahnen des catalonischen Bedens drängen aber darauf, den Streik schon in der Nacht auf Dienstag beginnen zu lassen. Die anderen Regierungen haben sich diesem Beschluß angeschlossen und daraufhin hat der Eisenbahnerstreik in ganz Spanien bereits in der Nacht zu heute begonnen. Nach der gestrigen Kammerberatung, die sich mit der Frage des Eisenbahnerstreiks befaßte, fand ein Ministerrat statt, der die Minister der öffentlichen Arbeiten und den Minister des Innern beauftragte, den Direktoren der Gesellschaften zu erklären, wenn der Streik nicht sofort beielet werde, würde das Parlament entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung des Streiks ergreifen.

Schredensherrschaft roter Banditen in Wladivostok. (Eigener Drahtbericht.)

Notterdam, 23. März. Dem „N. Rotterdam Courant“ zufolge meldet „Caspar Service“ aus Tokio: In Wladivostok, wo eben erst die Ordnung wieder hergestellt worden war, haben sich 30 000 rote Banditen in den Besitz von Waffen gesetzt und über eine Schredensherrschaft aus.

Letzte Nachrichten.

Der Aufenthaltsort des ehemaligen deutschen Kronprinzen. (Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 23. März. Der „Telegraaf“ meldet aus dem Haag: Der morgen erscheinende Staatscourant wird eine königliche Volksliste bringen, in der dem normalen deutschen Kronprinzen die Insel Wieringen als Aufenthaltsort in den Niederlanden ausgewiesen wird.

Generalarrest in Stragburg und Kolmar.

(Eigener Drahtbericht.) Saarbrücken, 23. März. Der „Neue Saarurier“ meldet aus Stragburg: An Stragburg ist der Generalarrest erklärt worden. In Kolmar ist der Generalarrest ebenfalls proklamiert worden. Weiter besteht die Möglichkeit, daß sich der Ausstand auch auf Mulhausen ausdehnt.

Vom Internationalen Arbeitsbüro.

(Eigener Drahtbericht.) Amsterdam, 23. März. Der „Telegraaf“ meldet aus London vom 22. März: Der Verwalter des Internationalen Arbeitsbüros hielt hier seine erste Sitzung ab unter dem Vorsitz von Arthur Fontaine. Von den beiden deutschen Vertretern war keiner anwesend.

Notterdam, 23. März. (Via Drahtbericht.) Der „N. Rotterdam Courant“ meldet aus London: Bei dem Empfang von St. Jamespalast abgehaltener Empfang wurde der deutsche Gesandtschaftsrat Siramer von Lord Curzon dem König vorstellte.

Advertisement for 'STAATL. FACHINGEN' (Natural Mineral Water). The ad features a circular logo with a crown and the text 'STAATL. FACHINGEN' and 'Naturliches Mineralwasser'. Below the logo, it says 'Haustrinkkuren!' and 'Staatl. Fachingen ist wieder, mit alten guten Verschlüssen versehen, sofort lieferbar. Von heilwirkendem Einfluß bei Gicht, Diabetes, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen usw. Brunnen-schriften durch das Fachinger Zentralbüro Berlin W 66, Wilhelmstraße 55'.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung des Karlsruher Tagblattes

Die Ueberfremdung eines deutschen Industriezweiges.

Bereits vor einiger Zeit wurden die deutschen Stärkeinteressenten in ihrem Fachorgan, den „Nachrichten für Stärkefabrikation und Kartoffeltrocknerei“, auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die der deutschen Volkswirtschaft durch das Eindringen des amerikanischen Maiskonzerns in die deutsche Maisstärkeindustrie droht. Jetzt findet sich zu dieser Frage in einem Fachblatt des Schwereigewerbes eine Mitteilung, aus der hervorgeht, daß das Eindringen des amerikanischen Maiskonzerns, der mit einem Kapital von 80 Millionen Dollars arbeitet, in die deutsche Stärkefabrikation schon bedeutende Fortschritte gemacht hat. Es wird mitgeteilt, daß der Konzern bis jetzt drei deutsche Stärkefabriken in Grafenhausen, Halle und Zerbst erworben hat, und daß mit der größten Fabrik dieser Branche Verhandlungen vor dem Abschluß stehen.

Der Konzern beabsichtigt, den Fabrikbetrieb durch eine Anlage einer Maisentölungsfabrik zu erweitern und große Mengen Mais nach Deutschland zu liefern. Daß den Amerikanern dieser Einbruch in die deutsche Stärkeindustrie so leicht gelingt, liegt an dem Tiefstand unserer Währung. Das Kapital des Maiskonzerns beträgt, umgerechnet in unsere heutige Währung, über 8 Milliarden Mk. Ein geringer Bruchteil dieser Mittel würde ausreichen, die gesamte deutsche Stärkeindustrie aufzukaufen, wenn sich Deutsche dazu hergäben, ihre guten Anlagen in Papierfeld umzutauschen.

Im höchsten Grade zu bedauern ist es, daß sich bereits mehrere Unternehmer gefunden haben, die ihren Besitz den Amerikanern ausgeliefert haben. Die „Nachrichten für Stärkefabrikation und Kartoffeltrocknerei“ sprechen die Befürchtung aus, daß es im deutschen Stärkegewerbe noch mehr kurzfristige Augenblicksrechner geben wird. Zur großen Mehrzahl der deutschen Stärkeinteressenten haben sich jedoch das unbedingte Vertrauen, daß sie, vom Zahlenrausch frei, zu bewerten wissen, was sie besitzen und was ihnen der Ausländer bietet, und daß ihnen der produktive Wert einer deutschen Fabrikanlage höher steht, als eine Anweisung auf die deutsche Reichsbank oder Reichsschuldensverwaltung, zu einer Zeit, wo das stolze Wort „A gedeckt“ nicht gilt.

Tagung der Vereinigung Südwestdeutscher Handelskammern.

Die Vereinigung hielt am 12. März im Sitzungssaal der Handelskammer zu Wiesbaden ihre erste Tagung im besetzten Gebiet ab. Vertreten waren die Handelskammern Bingen, Handelskammer für die Provinz Birkenfeld, Darmstadt, Vereinigte Handelskammern Frankfurt-Hanau, Gießen, Heidelberg, Köln, Mainz, Mannheim, Offenbach, Pforzheim, Schwarzwälder Handelskammer für den Kreis Villingen und Amtsbezirk Neustadt, Stuttgart, Trier, Wiesbaden, Worms sowie die Hessische Industrielle.

Nach herzlichen Begrüßungsworten des Vorsitzenden der Handelskammer Wiesbaden, Kommer-

zienrat Fehr-Flach und des Vorsitzenden der Vereinigung, Geheimrat Engelhard-Mannheim, berichtete der Syndikus der Handelskammer Mannheim über die Frage des Reichswirtschaftsrats.

Nach eingehender Aussprache beschloß die Versammlung, an den Deutschen Industrie- und Handelstag und den Reichsverband der Deutschen Industrie ein Telegramm mit dem dringenden Ersuchen zu richten,

wegen Benennung der Industrievertreter zum Reichswirtschaftsrat unter allen Umständen eine Einigung herbeizuführen in dem Sinne, daß auf der Grundlage der Gleichberechtigung eine gemeinsame Liste aufgestellt wird. Der Streit um die Nominierung der Vertreter liege nicht im Interesse der Industrie.

Der gleiche Berichterstatter behandelte auch die Frage der Bezirkswirtschaftsräte und Handelskammern.

Die einzelnen Bundesstaaten seien aufgefordert worden, die Handelskammergesetzgebung bis zur endgültigen Regelung der Frage der Schaffung eines Reichsrahmengesetzes für die Handelskammern und eines Gesetzes über die Bezirkswirtschaftsräte zurückzustellen.

Ueber die Reichseisenbahnfrage berichtete der Syndikus der Handelskammer Stuttgart.

Die Vereinigung beschloß, folgende Erklärung abzugeben:

1. Die Vereinigung Südwestdeutscher Handelskammern begrüßt die durch Reichsverfassung von 1919 gesicherte und nunmehr durch Staatsvertrag beschleunigt durchzuführende Verstaatlichung des deutschen Eisenbahnwesens als Verwirklichung einer von der Vereinigung aus wirtschaftlichen Gründen seit Jahrzehnten erhobenen Forderung.
2. Sie erwartet, daß damit das Reich eine einheitliche Verkehrspolitik durchführt und daß diese einheitliche Verkehrspolitik als eine der wichtigsten Maßnahmen zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens betrachtet wird.
3. Unbeschadet der unbedingt erforderlichen Verkehrseinheit muß den einzelnen Eisenbahndirektionsbezirken eine gesunde Selbstverwaltung im Rahmen einheitlicher Richtlinien zur Anpassung an die verschiedenen Bedürfnisse des Wirtschaftslebens der einzelnen Wirtschaftsgebiete gewährleistet bleiben.
4. Zum Schutz gegen etwaige partikularistische Tendenzen bis zur Durchführung strenger Verkehrseinheit müssen die Eisenbahndirektionen der verschiedenen bundesstaatlichen Gebiete unmittelbar dem Reichsverkehrsministerium angegliedert werden. Die Einschlebung von Landesverkehrsämtern ist abzulehnen, um partikularistische Bestrebungen einzudämmen.
5. Organisation und Bildung der Eisenbahndirektionsbezirke sind viel mehr nach rein sachlichen, nicht politischen Gesichtspunkten vorzunehmen. Sie können insbesondere für die Uebergangszeit in Anlehnung aber nicht Bindung an die bisherigen Grenzen nach einzelnen Staaten gebildet werden.
6. Angesichts der weiten Entfernung von Kohlen- und Rohstoffgebieten und den für den Weltverkehr maßgebenden Seehäfen vom Süden und

Südwesten Deutschlands spricht die Vereinigung den dringenden Wunsch aus, daß bei Festsetzung der Tarifpolitik den besonderen Verhältnissen der südlichen und südwestlichen Gebiete Deutschlands durch entsprechende Erleichterungen Rechnung getragen wird.

7. Die Vereinigung bittet, daß bei Durchführung der staatlichen Neuorganisation des gesamten Verkehrs den Handelskammern als berufenen Vertretern für Handel und Industrie Gelegenheit geboten werde, mitzuberaten, wie sie auch erwartet, daß bei Berufung der maßgebenden Persönlichkeiten fachmännische Eignung den Ausschlag gebe.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 23. März. Die Börse zeigte heute anfänglich das Bild großer Zurückhaltung. Unter dem Eindruck der Ungewißheit über die weitere Entwicklung der politischen Lage machte sich bei stärker eingeschränktem Geschäft eine weitere Abschwächung bemerkbar. Eine einheitliche Tendenz kam auf keinem Markte zum Durchbruch. Im freien Verkehr war vorübergehend Interesse für Petroleumaktien. Deutsches Petroleum schwankte zwischen 675-670, Deutsches Erdöl 745 bis 750. Opiak lagen fest, 8650 bezahlt. Julius Sichel blieb in Nachfrage höher: 1625-1650. Benzaktien 326. Canada zogen um 20 Proz. auf 1415 bis 1420 an. Kolonialanteile 9000 genannt. Neuguinea und Otaviminen sind unverändert. Kolmanskop 680, Mansfelder Cuxe 5325. Phönix, Harpener und Oberbedarf lagen schwächer. Von chemischen Aktien erzielten nur Badische Anilin eine Kurserhöhung von 7 Proz. auf 518, während die übrigen Werte sich nur mühsam behaupteten. Eine erhebliche Besserung setzten Nordl. Lloyd durch, die wie auch Hapag 2 Proz. höher genannt wurden. Schantungbahn schwächer, 610, minus 13 Prozent. Lombarden sind gesunken 61. Elektrische Deutsch-Übersee 1405 unverändert. Dagegen Felten und Guillaume um 8 Proz. gebessert. A.E.G. 400, plus 10, Licht und Kraft erhielt 112, plus 6%. Adlerwerke Kleyer stellten sich 4 Proz. niedriger. Inländische Anleihen gut behauptet, 5proz. Kriegsanleihe mit 80 unverändert, 3proz. Reichsanleihe 75%. Mexikanische Anleihen konnten sich nicht behaupten. Es schwächten sich 5proz. Goldmexikaner um 7 Prozent auf 542, 5proz. Silber um 10 Proz. auf 410 ab. Baltimore 400. Südwest 600, plus 20 Proz. Im Verlaufe schränkte sich das Geschäft weiter ein. Bei reger Nachfrage blieben Kolonialanteile etwa 20 Proz. höher, während Harpener unter erneutem Angebot 8 Proz. verloren. Die Börse schließt behauptet. Privatdiskont 4 1/2 Prozent.

Laut Beschluß des Börsenvorstandes werden Börsenversammlungen am Montag, Dienstag und Mittwoch abgehalten. Ebenso werden an diesen Tagen offizielle Devisennotierungen vorgenommen.

Geldmarkt.

Mißerfolg der französischen Anleihe. Wie aus Paris nach Genf gemeldet wird, hat die französische Anleihe keinen sonderlichen Erfolg gehabt.

Besonders wird mitgeteilt, daß die Sparkassenzeichner sich fast gar nicht an der Anleihe beteiligen haben.

Banken.

Bank von Finland. Nach einem Telegramm aus Helsingfors hat die Bank von Finland den Diskont von 7 auf 8 erhöht.

Frankfurter Kursnotierungen.

22. März 23. März		22. März 23. März	
Geld	Brief	Geld	Brief
Deutsche Bank	140.-	140.-	140.-
Bayrische Bank	140.-	140.-	140.-
Bank. Genarant	211.-	211.-	211.-
Weserb. Bank	175.-	175.50	175.-
Centr. Länd. B.	120.-	120.-	120.-
Meiss. Creditbank	137.-	137.-	137.-
Bayrische Bank	160.-	158.50	160.-
Öst. Disk.-Ges.	160.-	158.50	160.-
Wiener Bankver.	97.30	97.25	97.30
Chem. Fab. Mannheim	1353.-	1404.-	1353.-
Deut. Uebersee	1404.-	1404.-	1404.-
Adler & Organs	800.-	800.-	800.-
B. Masch. Baden	300.-	300.-	300.-
Mech. Fab. Berach	323.-	323.-	323.-
Mech. Fab. Gröden	390.-	390.-	390.-
Hald & Hen	298.-	298.-	298.-
Mech. Fab. Kärnt.	298.-	298.-	298.-
Schick & Co.	380.-	380.-	380.-
Übersee	191.-	191.-	191.-
Bayrische Bank	354.-	354.-	354.-
Ursamerl. Wertp.	354.-	354.-	354.-
Ursamerl. Wertp.	354.-	354.-	354.-
Wagg.-Fab. Fuchs	410.-	410.-	410.-
Sollert Waldhof	398.-	398.-	398.-
Zuckerbr. Wagh.	498.-	498.-	498.-
Zuckerbr. Frankf.	530.-	530.-	530.-

Vom Devisenmarkt.

22. März 23. März		22. März 23. März	
Geld	Brief	Geld	Brief
London	203.75	204.-	203.75
Paris	100.50	100.50	100.50
Brüssel	100.50	100.50	100.50
Amsterdam	166.50	166.50	166.50
Frankfurt	100.50	100.50	100.50
Wien	100.50	100.50	100.50
Berlin	100.50	100.50	100.50
Madrid	100.50	100.50	100.50
Barcelona	100.50	100.50	100.50
Lissabon	100.50	100.50	100.50
Porto	100.50	100.50	100.50
Genève	100.50	100.50	100.50
Zürich	100.50	100.50	100.50
Basel	100.50	100.50	100.50
St. Gallen	100.50	100.50	100.50
Schaffhausen	100.50	100.50	100.50
Appenzel	100.50	100.50	100.50
Basel-Stadt	100.50	100.50	100.50
Basel-Landsch.	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Uri	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Schwyz	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Ob- u. Nidwalden	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Glarus	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Zug	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Fribourg	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Solothurn	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Thurgau	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Graubünden	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Appenzel A. u. S.	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Valais	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Neuchâtel	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Jura	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Val de Saône	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Jura	100.50	100.50	100.50
Sonderkanton Val de Saône	100.50	100.50	100.50

Kaufgesuche
Haus gesucht
m. 3-5 Zimmern im Stadt, vom Eigentümer direkt. Angeb. unter Nr. 9420 ins Tagblatt.

Gebirgs- u. Seebäder
Haus, Wellenbad, wird zu kaufen gesucht. Beste Annehmlichkeiten unter Nr. 9424 ins Tagblatt.

Billa
über Herrschaft Haus sofort ab zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8900 ins Tagblatt.

Häuser
jechler Art kauft
A. Ackermann
Blumenstr. 12. Tel. 3000

Piano
oder Flügel
und
Schreibmaschine
sowie 1-2 Wagon

Handwagen
sowie 1-2 Wagon
sowie 1-2 Wagon

Ziele
hohe Preise
für Damen- u. Herrenkleider, Hüte, Schuhe, Federbetten, Möbel aller Art usw.

Altpapier
als: Zeitungen, Briefschaften, Alton und Geschäftsblätter samt Garantie d. Einlassens) fast jedes Quantum zu höchsten Preisen

Sommer-Neberleher
zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 9420 ins Tagblatt.

Gebirgs- u. Seebäder
Haus, Wellenbad, wird zu kaufen gesucht. Beste Annehmlichkeiten unter Nr. 9424 ins Tagblatt.

Billa
über Herrschaft Haus sofort ab zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 8900 ins Tagblatt.

Häuser
jechler Art kauft
A. Ackermann
Blumenstr. 12. Tel. 3000

Piano
oder Flügel
und
Schreibmaschine
sowie 1-2 Wagon

Handwagen
sowie 1-2 Wagon
sowie 1-2 Wagon

Ziele
hohe Preise
für Damen- u. Herrenkleider, Hüte, Schuhe, Federbetten, Möbel aller Art usw.

Altpapier
als: Zeitungen, Briefschaften, Alton und Geschäftsblätter samt Garantie d. Einlassens) fast jedes Quantum zu höchsten Preisen

Sommer-Neberleher
zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 9420 ins Tagblatt.

Spezial-Abteilung für Gardinen u. Teppiche
Gardinen am Stück und abgepasst, Bodenteppiche, Bettvorlagen, Felle, Diwanddecken, Tischdecken, Reisedecken, Läuferstoffe
W. Boländer

Dringend
benötige Kleid., Schuhe, Möbel usw. wegen Wieder-Geldkreis-Eröffnung. Zahlte anheraus. Hohe Fr. Friedenstr. 31. Tel. 1111

Taschen-Uhren
meh. auch reparaturbedürftig, werden hier ausverkauft in Weintraubstr. u. Verkaufsst. 52.

Felle
aller Art sowie Warden, Felle, Büchse, laut u. höchsten Lagerpreisen: Leipziger Zellhaus Regier. Waldstr. 52/51

Alle Sorten Flaschen Papierabfälle Metalle Felle Pumpen Frauenhaare Kobhaare
kauft zu höchsten Preisen.
Karlsruher
Schönenstr. 56.

Achtung.
Kaufe fortwährend jeden Vollen Leids und Bekleidungsstücke, Schuhe, Stiefel, Kleider und sonst verschiedenes.
Justen, Au- u. Verkauf, Durlacherstr. 79.

Fabrikgrundstück oder Lagerhallen
mit oder ohne Gleisanchluss, jedoch möglichst mit Büro- und Wohnhäusern, der sofort zu kaufen oder zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 9428 ins Tagblatt.

Altmaterial-Ankauf.
Metalle, Altmotoren, Messing, Kupfer, Stahl, Blei, Metallpappe, alte Maschinen, alte Oefen und Eisenpfeiler, jedes Quantum zu höchsten Preisen.

E. & U. Schwarzenberger,
Telephon 5557. Schönenstr. 73.

Zahle so viel Gebisse,
alt Gold u. Silberwaren.
Frau Pfleger, Durlacherstr. 31. 3. Stock.

Gebisse,
gebildete und schickte Gebisse, sowie Gebissreparatur, jedes Quantum zu höchsten Preisen.
H. Schwan, Schönenstr. 56. Telephon 1286.

Neue Preise für ausverkaufte Frauenhaare.
Anfolge araken Verdars zahlte sich die höchsten Konkurrenzlosen Preise.
Ester Decker, Saarhandlung, Kaiserstr. 82.

Kaufe Sell- und Weintorte
aller Art.
J. Klöber, Marktplatz 19. Telephon 1836.

PAPIER
Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt zur Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, abzuliefern.
A. BRAUN & CO.

Haarspangen, Stecker und Kämmen
werden prompt und dauerhaft unter Garantie repariert. Lie. erzielt 3 Tage.
Erste Karlsruher
Haarspangen-Reparatur-Werkstatt
Janzer, Marienstraße 35 III.

Spezialreparaturwerkstätte
für
Schreib-Maschinen
Sprech-Maschinen
Besondere für alle Systeme.
H. Adler, Kreuzstraße 7, Hof.

Herrenstoffe
in schwarz, blau und marengo, sowie in hellen und dunkel gemusterten, soliden Qualitäten zu mäßigen Preisen.
Erstklassige MASS-Anfertigung.
Julius Löwe
Werderplatz 25 (Südstadt).

Zum Abschluss von Versicherungen
nach
Anfrage und Prüfung
für die
Frankfurter Allgem. Versicherungs-
Aktien-Gesellschaft
empfehlen sich
W. Birg, Generalagen.
Durlacherstr. 27. Telephon 1994.

Vermögens-Anstellung
Einkommens-Feststellung
Vermögens-erhaltung
Steuern-erhaltung
Blanz-erhaltung
Einkommens-erhaltung
Einkommens-erhaltung

übernimmt
sach- und fachkundig
Oscar Kleiner
Buchhalter u. Bücherrevisor
Kurfürstenstraße 15 II.

Klavierstimmen
bei gewissenhafter Ausführung und mäßigen Preisen in und außer Abonnement übernimmt
J. KUNZ,
21 Karl-Friedrichstraße 21
Fernsprecher 2713.

